

Oswald Spengler und die Widersprüche der wirtschaftspolitischen Positionen in der Neuen Rechten

Martin Hauff

Zusammenfassung: Die Neue Rechte und auch die Alternative für Deutschland (AfD) befinden sich in einem Konflikt zwischen sozial-patriotischen und rechts-libertären Richtungen. Auch einzelne Autoren sind durch ein Spannungsverhältnis zwischen Staatsabsolutierung und Staatskritik geprägt. Diese Ambivalenz ist nicht zufällig, sondern zeigt sich auch bei Rechtsintellektuellen der Weimarer Republik, besonders bei Oswald Spengler, auf den sich die Neue Rechte explizit bezieht. Spengler prägte das Schlagwort des preußischen Sozialismus, wendete sich gegen Liberalismus und Finanzkapitalismus, kritisierte aber zugleich die Steuerbelastung von Unternehmen, den Sozialstaat und die Gewerkschaften. Durch eine Rekonstruktion von Spenglers Begründungsversuchs seines autoritären Wirtschaftsdenkens, das durch sich widersprechende Aspekte geprägt ist, lassen sich wirtschaftspolitische Positionen der Vertreter der Neuen Rechten historisch-systematisch einordnen und die Konflikte innerhalb der AfD besser einschätzen.

Schlüsselbegriffe: Oswald Spengler, Preußischer Sozialismus, Neue Rechte, AfD, rechter Liberalismus, solidarischer Patriotismus

Oswald Spengler and the contradictions of economic policy positions in the New Right

Summary: The New Right and the Alternative for Germany (AfD) are caught in a conflict between social-patriotic and right-libertarian tendencies. Individual authors are also characterized by a tension between state absolutism and criticism of the state. This ambivalence is not accidental, but is also evident among right-wing intellectuals of the Weimar Republic, especially Oswald Spengler, to whom the New Right explicitly refers. Spengler coined the catchphrase of Prussian socialism, turned against liberalism and financial capitalism, but at the same time criticized the tax burden on companies, the welfare state and the trade unions. By reconstructing Spengler's attempts to justify his authoritarian economic thinking, which is characterized by contradictory aspects, the economic policy positions of the representatives of the New Right can be classified historically and systematically and the conflicts within the AfD can be better assessed.

Keywords: Oswald Spengler, Prussian socialism, New Right, AfD, right-wing libertarianism, social patriotism

Seit Längerem besteht eine politikwissenschaftliche Debatte darüber, wie sich die wirtschaftspolitischen Positionen der Alternative für Deutschland (AfD) und der Neuen Rechten einordnen lassen können. Zwar hat sich die AfD 2013 als national-ordoliberalen Partei gegründet, aber im Zuge ihrer zunehmenden Radikalisierung haben sich besonders um Björn Höcke national-soziale Positionen sowie zugleich libertäre und staatskritische Positionen in der AfD verbreitet (Becker/Eberhardt/Kellershohn 2019). Diese Widersprüche in der Wirtschaftspolitik bestehen nicht nur zwischen den verschiedenen Strömungen der AfD, sondern,

wie gezeigt werden kann, bei einzelnen Vertretern selbst, wie bei Björn Höcke und Maximilian Krah. Auch in den wirtschaftlichen Überlegungen Rechtsintellektueller aus dem sogenannten Vorfeld, wie bei Benedikt Kaiser oder Götz Kubitschek, die sich um eine Rechtfertigung ihrer Positionen bemühen, finden sich ebenso Inkonsistenzen. Ihre Überlegungen sind grundsätzlich ambivalent und oszillieren zwischen einer Staatskritik und Verabsolutierung des Staates. Die These des Beitrags ist, dass diese ideologischen Widersprüche nicht zufällig bestehen, sondern auf Ambivalenzen in der Geschichte des Rechtsextremismus zurückzuführen sind. Besonders anhand des Werks von Oswald Spengler lässt sich diese Widersprüchlichkeit deutlich machen, denn Spenglers Idee eines preußischen Sozialismus schwankt zwischen der Befürwortung eines autoritären Staates und der Kritik an Bürokratie und Steuerabgaben. So ähneln Spenglers Polemiken gegen staatliche Steuerbelastung rechts-libertären Narrativen. Durch einen ideengeschichtlich informierten Vergleich zwischen den ökonomischen Ansichten Spenglers und der Neuen Rechten lassen sich die aktuellen Konflikte und Spannungen in der AfD und in ihrem Vorfeld besser einschätzen und historisch-systematisch einordnen.

Zuerst soll der Konflikt innerhalb der AfD und auch innerhalb der rechten Szene zwischen einer national-sozialen und einer rechts-libertären Richtung zusammengefasst werden (1). Daraufhin wird die ideologische Widersprüchlichkeit der wirtschaftspolitischen Positionierung bei Krah, Kaiser und Kubitschek aufgezeigt (2). Nach einem Zwischenfazit (3) soll Spengler besprochen werden. Weil Spengler einer der Leitautoren für die Neue Rechte darstellt, werden seine Hauptschriften dahingehend überprüft, inwiefern sich Ambivalenzen in seinem ökonomischen Denken zeigen (4). Zuletzt werden in einem abschließenden Kapitel die Parallelen zwischen Spengler und der Neuen Rechten rekonstruiert (5).

1 Die AfD zwischen rechtem Libertarismus und solidarischem Patriotismus

In der AfD lässt sich ein Konflikt zwischen Marktradikalismus und völkischem Antikapitalismus (Dietl 2018) bzw. zwischen Neoliberalismus und völkischen Antikapitalismus (Becker/Eberhardt/Kellershohn 2019) ausmachen. Dietl (2018) rekonstruiert ideengeschichtlich den Einfluss Hayeks auf marktradikale Vertreter:innen in der AfD und kontrastiert dies gegen eine sozialrevolutionäre Tradition der Rechten vom Strasser-Flügel angefangen, über den rechten Antikapitalismus der NPD bis zu Höcke. Kellershohn et al. vertiefen in ihrem Sammelband die ideengeschichtlichen Rekonstruktionen durch Autorenporträts, wobei Spengler recht einseitig als Staatssozialist dargestellt wird (Lausberg 2019). In weiteren Beiträgen des Sammelbandes wird der „Kampf zweier Linien“ innerhalb und außerhalb der AfD diskutiert. Die eine Linie steht in der Tradition eines autoritären Liberalismus, welcher in der Idee eines, wie Helmut Kellershohn es nennt, nationalen Wettbewerbsstaats auf völkischer Basis (Becker/Eberhardt/Kellershohn 2019: 90) im Parteiprogramm der AfD Ausdruck findet. Die andere Linie wird vor allem durch Höcke vertreten, der in seinen Aussagen Ähnlichkeiten zur früheren Antikapitalismus-Kampagne der NPD aufweist.

Björn Höcke hatte noch vor seiner Aktivität in der AfD Positionen der Kapitalismuskritik von rechts (Wohlfahrt 2022) vertreten. 2008 kritisierte er in einem Leserbrief in der „Jungen

Freiheit“ den wirtschaftsliberalen Konservatismus eines Hans-Olaf Henkel, den zinsbasierten Kapitalismus und das Geldsystem (Kemper 2016: 38). Unter dem Pseudonym Landolf Ladig, wie Kemper argumentiert, hatte Höcke in NDP-nahen Zeitungen Artikel veröffentlicht und sich dort für eine organische Marktwirtschaft ausgesprochen (Kemper 2016: 35). In einem Interview von 2014 verwendete Höcke dieses Schlagwort (Kemper 2016: 72). In seinem 2019 veröffentlichten Buch „Nie zweimal in denselben Fluß“ führte Höcke seine kapitalismuskritischen Ansichten aus:

„Denn ein ungebändigter Kapitalismus fördert nicht nur die Gier, sondern zerstört neben dem sozialen Zusammenhalt langfristig auch die Völker und Nationen. Mit Kapitalismus meine ich also nicht eine sinnvolle Marktwirtschaft, die in einer erneuerten Volkswirtschaft ihren wichtigen Platz haben wird, sondern die einseitige Dominanz und Extremisierung eines Produktionsfaktors – des Kapitals – unter Vereinnahmung der beiden anderen: Arbeit und Boden. Man kann dieses System mit der Formel zusammenfassen: Geld regiert die Welt!“ (Höcke 2019a: 250)

Bei dem Zitat wird deutlich, dass sich Höckes Kapitalismuskritik in bloßer Geld- und Zinskritik erschöpft. Höcke trennt zwei ökonomische Sphären. Er grenzt eine durch Geld, Kredit und Finanzspekulation geprägte Sphäre, die er moralisch verwerflich empfindet, gegenüber der Realwirtschaft ab (Veiglhuber/Weber 2022: 12).

Trotz dieser kapitalismuskritischen Positionen bezieht sich Höcke in einem Gespräch mit Jürgen Elsässer 2019 im Compact-Magazin auf ordolibérale Ökonomen wie Walter Eucken und Alexander Rüstow, dessen Idee des „liberalen Interventionismus“ er rezipiert (Höcke 2019b: 27). Nach dem Ordoliberalismus soll sich der Staat auf seine Kernkompetenzen beschränken, die darin liegen, eine Rahmenordnung für das gute Funktionieren der Marktwirtschaft zu garantieren. Mit dem Sozialstaat überschreite der Staat jedoch seine Kernkompetenzen, weshalb Eucken und Rüstow sehr kritisch gegenüber dem Sozialstaat eingestellt waren (Kellershohn 2022). Dies steht im Widerspruch zu Höckes sozialpolitischen Forderungen, welche er mit dem Schlagwort „solidarischer Patriotismus“ verbindet.

„Unsere politischen Forderungen gegen Lohndumping, den Abbau sozialer Standards und die Benachteiligung der deutschen Hilfs- und Sozialbedürftigen gegenüber Migranten, sowie unsere grundsätzliche Kritik am Raubtierkapitalismus und Globalisierung, die Verständigung mit Rußland usw.“ (Höcke 2019a: 249)

Höckes Ansichten lassen sich klar als sozialchauvinistisch charakterisieren und folgen einer exkludierend verstandenen Solidarität (Sorce et al. 2022). Zentral bei Höcke und beim solidarischen Patriotismus insgesamt, wie er von Benedikt Kaiser konzipiert wurde, ist dessen identitär und kulturell begrenzt verstandener Solidaritätsbegriff (Hauff 2024).

Diese von Höcke und anderen vertretende sozial-patriotische Richtung, die wie gezeigt ordolibérale Elemente und somit Widersprüche besitzt, steht in Kontrast zu einem marktliberalen bis libertären, also staatskritischen Kurs innerhalb der AfD. Ordolibérale Akteure, wie Bernd Lucke oder Joachim Starbatty, haben 2015 die AfD verlassen. Jörg Meuthen, der 2022 die AfD verließ, vertrat wie auch Alice Weidel, die jetzige Vorsitzende, marktradikale Positionen. Alice Weidel bezieht sich in ihrem Buch von 2019 anerkennend auf Ludwig von Mises (Weidel 2019: 15 f.) und auf den Libertären Roland Baader (Weidel 2019: 48). Sie kritisiert darin mit scharfen Worten jeglichen Staatsinterventionismus, das Ausufern bürokratischer Apparate und die angebliche Gängelung unternehmerischer Freiheiten (Weidel 2019: 47). Libertarianismus heißt hier eine radikale Staatskritik und eine starke Betonung von Marktfreiheit. Dieser libertäre Flügel der AfD besitzt Verbindungen zu anarchokapitalistischen Zeitschriften wie „eigentümlich.frei“ und libertären Think Tanks, wie dem Ludwig von Mises Institut und der Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft (Kellershohn et al. 2023). Der rechte Libertarianismus

stellt ein internationales Phänomen dar und ist besonders in den USA verbreitet (Slobodian 2025).

Diese beiden Strömungen innerhalb der AfD standen vor allem in der Rentenpolitik in Konflikt. Von Meuthen wurde eine marktradikale Rentenreform vorgeschlagen, während der Höcke-Flügel eine staatliche Stärkung der umlagefinanzierten Rente bevorzugte (Pühringer/Beyer/Kronberger 2021: 32). Auf dem sogenannten Sozialparteitag 2020 in Kalkar wurde ein Kompromiss in der Rentenpolitik gefunden. Trotz dieses Kompromisses werden die AfD-Programme seitdem als mehrheitlich marktliberal eingeschätzt (Pühringer/Beyer/Kronberger). Auch das Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl 2025 war großteils marktliberal. Im Programm wurden Ziele formuliert, um den Wirtschaftsstandort von Deutschland zu verbessern. Dabei handelt sich um klassisch wirtschaftsliberale Ziele, etwa die Reduzierung staatlicher Eingriffe in den Markt auf ein Minimum (AfD 2025: 13), die Senkung von Unternehmens- und Einkommenssteuern (AfD 2025: 14), die Beibehaltung der Schuldenbremse (AfD 2025: 54), die Abschaffung der Erbschafts- und der (ausgesetzten) Vermögenssteuer (AfD 2025: 60). Ein Fremdkörper in diesem wirtschaftsliberalen Programm stellt die Forderung nach einem Mindestlohn dar (AfD 2025: 22), die auf den Einfluss des Höcke-Flügels zurückzuführen ist.

2 Ambivalenzen der Wirtschaftspolitik bei Vertretern der Neuen Rechten

Maximilian Krah, zeitweise AfD-Spitzenkandidat für die Europawahl 2024 mit engem Kontakt zu Götz Kubitschek, versuchte programmatisch in seinem Buch „Politik von rechts“ zwischen diesen beiden Fronten zu vermitteln. Weil Krah mit diesem Buch nicht primär als Parteipolitiker auftritt, sondern er sein Manifest, welches in Kubitscheks neurechtem Verlag Antaios erschien, als Debattenbeitrag im Diskurs der Neuen Rechten versteht, werden seine Positionen in diesem Kapitel behandelt. Er geht zu Beginn von einem konservativen, skeptischen Menschenbild aus und von einer natürlichen Ordnung, an der der Einzelne gebunden sei (Krah 2023: 12). Daraus folgt eine Kritik am ökonomischen Liberalismus, wobei Krah positiv an Marx anknüpft: „Dem ökonomischen Gewinnstreben stehen die rechten Ordnungsvorstellungen ohnehin im Weg, Gewinnmaximierung bedarf Schrankenlosigkeit – das könnten Rechte von Marx lernen, wenn sie offen für ihn wären.“ (Krah 2023: 26) Hier grenzt sich Krah explizit vom Libertarismus ab. Er kritisiert die Vorstellung des Homo oeconomicus, da sie die Verwurzelung des Menschen ignoriere (Krah 2023: 161). Das Eigentum solle im Unterschied zu Marx aber nicht abgeschafft, sondern sozial eingebunden werden (Krah 2023: 132). Große Vermögensunterschiede seien mit einem solidarischen Gemeinwesen nicht vereinbar, die Macht von Superreichen solle eingehegt werden (Krah 2023: 134). Daher fordert Krah: „Die politische Rechte darf nicht unsozial sein, der Ausgleich von Lebenschancen, Teilhabe und Lebensrisiken ist ein rechtes Anliegen.“ (Krah 2023: 154) Er verwendet dabei auch den Ausdruck „solidarischer Patriotismus“ (Krah 2023: 157).

Krah ist zwar für einen freien Handel und begründet das mit Ricardos Theorie der komparativen Kostenvorteile (Krah 2023: 137). Aber er benutzt scharfe Worte gegen eine

globale und entwurzelte Manager- und Politikerkaste, die er als „Anywheres“ von der sesshaften und hart arbeitenden Bevölkerung abgrenzt. Sein Ideal beschreibt er so:

„Es gibt die Marktwirtschaft der kleinen und mittleren Unternehmen, der Unternehmer und Familien, die lokal verwurzelt sind und deren Erfolg daher auch der lokalen Gemeinschaft dient. Und es gibt den globalen Kapitalismus einer kleinen Oligarchie, die zur eigenen Gewinnorientierung und Machtmaximierung die traditionelle Ordnung zerstören will, weil sie ihrem Streben Grenzen setzt.“ (Krah 2023: 136)

Seine Ressentiments gegenüber dieser globalistischen Klasse nehmen stellenweise antisemitische Züge an, wenn er von einer „globalen Krake“ spricht (ebd.). Explizit nennt er die „Heuschrecke Blackrock“ (Krah 2023: 145). „Damit werden zum einen die Gewinne ins Ausland transferiert, aber auch Investitionsentscheidungen ohne Berücksichtigung des deutschen Gemeinwohls getroffen.“ (Ebd.)

Bei aller Kritik an internationalen Konzernen und deren Streben nach dem Shareholder Value zeigt sich Krah sehr wirtschaftsliberal, wenn er vom Mittelstand spricht und gegen Bürokratie, Gewerkschaften und Sozialstaat polemisiert.

„Rechte Politik möchte jeden befähigen, durch seine eigene Arbeitskraft einen bescheidenen Wohlstand als materielle Voraussetzung des kleinen Glücks und der persönlichen politischen Unabhängigkeit zu schaffen, für das Alter vorzusorgen und eine Familie zu gründen. Das zu schaffen ist nur mit marktwirtschaftlichen Methoden möglich.“ (Krah 2023: 158)

Um den Mittelstand zu beleben, plädiert Krah für „massive Deregulierung und Steuersenkung“ (Krah 2023: 162). Dazu solle der Sozialstaat, den er als „Umverteilungsmonster“ (Krah 2023: 153) diffamiert, abgebaut werden. Der Sozialstaat würde die deutsche Arbeitsbevölkerung belasten und überproportional Einwanderer:innen dienen und wirke dadurch als Einwanderungsmagnet (Krah 2023: 154). Der Sozialstaat sei

„zu teuer, belastet damit die wirtschaftliche Wertschöpfung, zerstört so seine eigene ökonomische Grundlage und kann trotz seiner enormen Geldmittel nicht ansatzweise die sozialen Probleme lösen, sondern schafft immer neue. An einer Reduzierung auf ein wirtschaftlich vertretbares Maß führt damit kein Weg vorbei.“ (Krah 2023: 156f.)

Letztlich seien auch die Gewerkschaften schuld am schlechten Zustand in Deutschland. „Die unheimliche Macht von Gewerkschaften [...] ist auch ökonomisch schädlich.“ (Krah 2023: 159)

Wie wir später sehen werden, zeigen sich sehr große Parallelen in den wirtschaftspolitischen Ansichten von Krah und Spengler, denn auch letzterer befürchtet, dass das globale Finanzkapital von oben und die Gewerkschaften von unten den ortsgebundenen deutschen Mittelstand zersetzen würde.

Krahs wirtschaftliche Positionen jedenfalls sind durch Widersprüche geprägt. Er problematisiert grundsätzlich den ökonomischen Individualismus und das Gewinnstreben globaler Konzerne, polemisiert zugleich gegen zu hohe Steuern und den Sozialstaat. Bei Krah bleibt es unklar, welche Rolle der Staat in einer Marktwirtschaft spielen soll.

Auch bei weiteren Vertretern der Neuen Rechten sind diese Widersprüche in ihren wirtschaftspolitischen Ansichten zu finden. Benedikt Kaiser hat in seinem Buch „Solidarischer Patriotismus. Die soziale Frage von rechts“ (2020) die Position des solidarischen Patriotismus zu rechtfertigen versucht. Im Unterschied zu Krah thematisiert Kaiser die soziale Lage in Deutschland ausführlicher und problematisiert die immer größere werdende Schere zwischen Arm und Reich. Er wirbt dafür, dass sich auch die Rechte um die soziale Frage kümmern solle. Äußerst kritisch geht Kaiser daher mit den Libertären in der Neuen Rechten

und in der AfD und auch mit dem unverändert marktliberalen AfD-Programm ins Gericht. Ein falsches Menschenbild liege dem Programm zugrunde, das vom *Homo oeconomicus* und nicht von einem in einer Gemeinschaft und Kultur sittlich eingebundenen Menschen ausgehe (Kaiser 2020: 234 f.).

Im Unterschied zu Krah bemüht sich auch Kaiser, seine Gedanken in die Tradition rechter Kapitalismuskritik einzubringen. Hier nennt er Karl Rodbertus, Gustav Schmoller und Adolph Wagner, die als „bewußte Preußen“ die „Idee des Staates“ verinnerlicht hätten (Kaiser 2020: 79). Auch Bismarcks Leistung der Begründung der deutschen Sozialversicherung wird gewürdigt. Diese „deutsche Synthese“ zwischen autoritärem Staat und Sozialpolitik wurde durch Oswald Spengler und Werner Sombart weiterentwickelt. Kaiser hebt die Rolle Otto Strassers hervor, den er als „politische[n] ‚Übersetzer‘ der Ideen Werner Sombarts (und konsequente Nachfolger des ‚alten‘ Vereins für Socialpolitik und der Linie Rodbertus-Wagner-Spengler)“ (Kaiser 2020: 195) bezeichnet.

Was bei Kaiser sehr an Spengler erinnert, ist sein Gebrauch des Ausdrucks „preußisch“:

„Ein solidar-patriotisches Modell der Gesellschaft fördert Arbeit und ein positives Verständnis von ihr; gewichtet Leistung über Müßiggang und stellt ‚preußische‘ Vorstellungen von Dienst, Pflicht und Arbeitsbereitschaft für das große Ganze wieder in den Vordergrund.“ (Kaiser 2020: 139 f.)

Ziel dabei ist die Stärkung der nationalen Gemeinschaft. Leistungsloses Einkommen wird als unsittlich abgelehnt. Leistungslos sei nach Kaiser Einkommen in Form von Sozialhilfe an Ausländer:innen (Kaiser 2020: 39) sowie das Einkommen aus Erbe und Vermögen ebenso wie exorbitante Managergehälter (Kaiser 2020: 158 ff.). Im Zentrum von Kaisers Überlegungen steht das Narrativ einer leistungserbringenden Mittelschicht, ähnlich wie bei Krah und bei Spengler:

„Wer also wirklich Leistungsgerechtigkeit und die Belohnung von Fleiß und Arbeitsbereitschaft herstellen möchte, muss einige der derzeitigen Wirtschaftsverhältnisse und Reichtumsmechanismen als illegitim verwerfen. Denn schüren weiter wachsende Vermögensungleichheiten, die weder mit dem sozialkonservativ-‚preußischen‘ Prinzip des gerecht entlohten ‚Dienstes‘ an der Gemeinschaft noch mit dem liberalkonservativ-‚rheinischen‘ Prinzip des schaffenden und risikotragenden Unternehmertums zu rechtfertigen sind, weil sie an ihrer Spitze nicht (mehr) auf Fleiß, Leistung, Tugend, Weiterbildung usw. zurückzuführen sind.“ (Kaiser 2020: 162)

Im Unterschied zu Krah ist Kaiser deutlicher, wie er sich das Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft vorstellt. Er fordert: „Eine Beibehaltung privatwirtschaftlicher Freiheit im kleineren und mittleren Segment bei Kontrolle und Mitgestaltung der ‚Großen‘“ (Kaiser 2020: 197 f.). Kaiser schwebt eine Mischwirtschaft vor, bei der die Marktwirtschaft sittlich eingehegt und die Willkür globaler Großkonzerne eingeschränkt werden solle. „Kleine frei gewähren lassen, die Mitte beobachten (und nötigenfalls intervenieren), die Große kontrollieren (durch Staatsbeteiligung und korporatistische Modelle) – so könnte ein heruntergebrochener Dreisatz aussehen.“ (Ebd.)

Kaiser bemüht sich um eine theoretische Rechtfertigung seiner Position, bleibt aber nicht frei von Unklarheiten und Paradoxien. So kommt er etwa zu der in Bezug auf Werner Sombart paradoxen Aussage: „Zur Planung kann auch ein Freigewährenlassen gehören.“ (Ebd.) Wie das alles in konkreter Wirtschaftspolitik aussehen soll, bleibt nebulös.

Auch in Götz Kubitscheks wenigen Texten, die er zu wirtschaftspolitischen Fragen geschrieben hat, treten dieselben Paradoxien zutage.

„Die Aufgabe lautet: Verstaatlichung bei gleichzeitiger Verschlankung der Bürokratie. Es geht darum, staatliche Kernaufgaben dem Rentabilitätsdenken zu entwinden und Räume zu erhalten, in denen er, weil er für sich ein Monopol beansprucht, nicht konkurrieren muß.“ (Kubitschek 2017: 19)

3 Zwischenfazit

Wir haben gesehen, dass in der AfD ein Konflikt zwischen einer national-sozialen und einer rechts-libertären Richtung schwelt, welcher gelegentlich aufbricht. Doch es wäre falsch anzunehmen, dass die beiden Richtungen für sich kohärent sind. Es konnte gezeigt werden, dass einzelne rechte Vertreter selbst sich widersprechende Positionen vertreten. Höcke ist gegen den Abbau von Sozialstandards und für eine staatlich gestützte und umlagefinanzierte Rentenversicherung, aber bezieht sich auf ordoliberalen Ökonomen, die sehr sozialstaatskritisch auftraten. Weidel kritisiert scharf einen überbordenden Staat, aber will zugleich eine stärkere staatliche Regulation der Migration. Und Krah wendet sich einerseits gegen den Finanzkapitalismus und eine angeblich globale Elite, andererseits ist er für massive Steuersenkung und Deregulierung. Auch bei Kaiser und Kubitschek bleibt die Rolle des Staates und die Frage nach den Grenzen staatlicher Planung ebenfalls unklar.

Die These dieses Beitrags ist, dass diese Inkonsistenzen nicht zufällig sind, sondern sich rechte Intellektuelle früher schon in ähnliche Widersprüche verstrickt haben. Deutlich lässt sich das am Werk Oswald Spenglers zeigen. Mit seiner Schrift „Preußentum und Sozialismus“ (1919) gilt er als einer der Ideengeber für einen nationalistischen Sozialismus. Doch vor allem der spätere Spengler hat sich sehr kritisch zu Bürokratie, Steuern und Sozialstaat geäußert. Die Widersprüche in den wirtschaftspolitischen Positionen der Neuen Rechten sind nicht arbiträr, sondern in der Ideologie rechten Wirtschaftsdenkens eingeschrieben.

4 Oswald Spengler

Oswald Spengler ist ein zentraler Bezugspunkt für die Neue Rechte. Seine Geschichtsphilosophie wird aktuell durch den Althistoriker David Engels fortgeführt. Engels ist Gründungsmitglied der Oswald-Spengler-Gesellschaft, ebenso wie Max Otte, der 2022 von der AfD als Bundespräsident vorgeschlagen wurde. Und die erste Sonderausgabe der Sezession aus dem Jahr 2005 widmete sich ganz dem Werk und Einfluss Oswald Spenglers.

Hier soll es aber nicht um Spenglers Geschichtsphilosophie gehen, sondern um seine wirtschaftspolitischen Gedanken, auf die sich, wie wir gesehen haben, explizit Benedikt Kaiser bezieht. Spengler wurde 1918 mit der Veröffentlichung seines „Untergangs des Abendlandes“ mit einem Schlag berühmt, weil er allgemein die pessimistische Stimmung nach dem verlorenen Krieg und dem Ende des Kaiserreichs traf. Ein Jahr später veröffentlichte er „Preußentum und Sozialismus“, eine kleine Schrift, in der er seine Ansichten zur politischen und wirtschaftlichen Lage zum Ausdruck brachte. Während der „Untergang“ Spengler den Vorwurf einbrachte, ein Pessimist zu sein, formulierte er in „Preußentum und Sozialismus“ seine Ideen für einen zukünftigen autoritären Staat. Die Schrift aus dem Jahr 1919 hatte einen enorm prägenden Einfluss auf die jungkonservativen und nationalen Gruppen der

1920er-Jahre (Felken 1988: 95 f.). Ernst Jünger schrieb noch 1932, dass Spengler das Verdienst zukomme, nach Deutschlands Entwaffnung die ersten neuen (geistigen) Waffen geschmiedet zu haben (Felken 1988: 114). Auch Otto Strasser, Ernst Niekisch und die Autoren der Monatszeitschrift „Die Tat“, die Ende der Weimarer Republik für einen nationalen Sozialismus eintraten, wurden von Spenglers Ideen stark beeinflusst. 1924 hielt Spengler den Vortrag „Neubau des deutschen Staates“, in dem er mit seinen Vorschlägen zu einem preußischen Sozialismus etwas konkreter wurde. Zugleich äußerte sich in dieser Schrift eine gewisse Staatsskepsis, hauptsächlich in Kritik an zu hohen Steuern. Zugleich hielt er Mitte der 1920er-Jahre regelmäßig Vorträge im Düsseldorfer Industrieklub oder im Überseeklub in Hamburg (Felken 1988: 136). Seine Ansichten, obwohl sie mit dem Schlagwort des Sozialismus verknüpft waren, trafen auf Resonanz bei Unternehmern.

Stefan Breuer wirft Spengler daher vor, Begriffsverwirrung zu betreiben, denn bei näherem Zusehen entpuppe sich der preußische Sozialismus als höchst liberale Einrichtung (Breuer 1995: 61). Auch Ishay Landa interpretiert Spengler als verkappten (Wirtschafts-) Liberalen (Landa 2021: 67–74). Daneben gibt es eine Deutungslinie, die Spenglers preußischen Sozialismus als Variante eines nationalen Sozialismus bzw. einer staatlich organisierten Wirtschaft versteht; so bereits Otto Strasser, der sich in seiner Idee des „deutschen Sozialismus“ auf Spengler bezieht (Strasser 1936: 11), ebenso wie Benedikt Kaiser, der Spengler in einer Linie mit staatssozialistischen Ansätzen von Karl Rodbertus und Adolph Wagner in Zusammenhang bringt (Kaiser 2020: 195).

Auch in der Forschungsliteratur werden Spenglers Ideen als eine Synthese von Nation und Sozialismus (Werth 1996: 43–54) oder als einen Ansatz gedeutet, der bloß von Strasser oder den Autoren der Zeitschrift „Die Tat“ weiterentwickelt worden ist (Lausberg 2019). Spengler wird als ein Befürworter eines autoritären Staates, welcher auf einem kollektiven Gemeinschaftsbewusstsein statt auf sozialer Gleichheit gründet, gedeutet (Pfahl-Traugher 2025). Bei diesen Deutungsansätzen liegt der Fokus auf „Preußentum und Sozialismus“ und spätere Publikationen von Spengler werden vernachlässigt.

Dieser Beitrag vertritt die These, dass in Spenglers wirtschaftspolitischen Überlegungen sich widersprechende Aspekte zusammenkommen, weshalb sich seine Deutung auch so kontrovers ergibt. Um Spenglers besser einordnen zu können, sollen im Folgenden seine wirtschaftspolitischen Hauptschriften systematisch untersucht werden.

4.1 Spenglers Begriff von Sozialismus

Spengler verwendet einen eigenwilligen Begriff von Sozialismus: Er macht deutlich, dass Sozialismus für ihn keine Wirtschaftsform, sondern eine sittliche Lebensform bedeute (Spengler 1961: 179). In seinem „Untergang des Abendlandes“ versucht er nachzuweisen, dass sich das Abendland durch einen dynamischen, faustischen Geist von anderen Epochen der Menschheitsgeschichte unterscheide. In „Preußentum und Sozialismus“ bezeichnet er dieses dynamische Weltgefühl als modernen Sozialismus (Spengler 1933: 24 f.). Doch es gebe einen Zwist in der faustischen Seele, und zwar zwischen dem Wikingergeist und dem Ordensgeist (Spengler 1933: 32). Der englische Wikingergeist sei durch Individualismus, Selbstverantwortung und Initiative, der Ordensgeist durch Disziplin, Selbstzucht und Dienst an einer überpersönlichen Gemeinschaft geprägt. Beim Ordensgeist, also dem Preußentum,

das in der Tradition des Deutschen Ordens stehe, handle es sich um echten Sozialismus (Spengler 1933: 89). Diesen preußischen Geist definiert Spengler folgendermaßen:

„Der deutsche, genauer preußische Instinkt war: die Macht gehört dem Ganzen. Der einzelne dient ihm. Das Ganze ist souverän. Der König ist nur der erste Diener seines Staates (Friedrich der Große). Jeder erhält seinen Platz. Es wird befohlen und gehorcht. Dies ist, seit dem 18. Jahrhundert, autoritativer Sozialismus, dem Wesen nach illiberal und antidemokratisch, soweit es sich um englischen Liberalismus und französischer Demokratie handelt.“ (Spengler 1933: 15)

Preußischer Sozialismus heißt bei Spengler also der Staat als Garant für die Ordnung des Ganzen: Jeder einzelne erfüllt seine Pflicht und ordnet sich an seinem Platz im Ganzen ein.

Der faustische Machtwille sei im preußischen Geist im Staat vorhanden. Im englischen Geist drücke sich der faustische Wille in der Souveränität des Einzelnen aus, es stehe das individuelle Gewinnstreben, das Beutemachen im Vordergrund.

„Aber England setzte an der Stelle des Staates den Begriff des freien Privatmannes, der, staatsfremd und ordnungsfeindlich, den rücksichtslosen Kampf ums Dasein verlangt, weil er nur in ihm seine besten, seine alten Wikingerginstenke zur Geltung bringen kann.“ (Spengler 1933: 34)

4.2 Spenglers Kritik am Marxismus und Liberalismus

Als bekennender Preuße richtet sich Spengler gegen den englischen Geist und somit gegen den Liberalismus, bei dem jede:r für sich denke und reich werden möchte, um dann nicht mehr arbeiten zu müssen (Spengler 1933: 43). Dieses egoistische Gewinnstreben wird Spengler in späteren Texten noch schärfer verurteilen. In seiner Rede zum „Neubau“ geistelt er die rücksichtslose Jagd nach Gewinnen ohne Tradition und Ehrgefühl (Spengler 1933: 247). Das große Problem in der Wirtschaft sei das ungebundene und globale Kapital, das nur nach einer höheren Rendite aus sei und kein Interesse am Wohlergehen irgendeines Volkes habe. Zentral für Spenglers Kapitalismuskritik ist die Unterscheidung zwischen der an einem Ort gebundenen nationalen Arbeit und der Hochfinanz (Spengler 1933: 195).

Dieses Kernproblem der modernen Wirtschaft verkenne Karl Marx, da er nur auf die Oberfläche der Verhältnisse schaue. Die unsichtbaren Eigentumsbeziehungen, in Form von Aktien, übersehe Marx.

„Es ist demnach nicht mehr so, wie Marx es darstellt, und zwar aus dem Bedürfnis heraus, eine theoretische Unterlage für den Klassenkampf zu erhalten, daß zwischen Arbeitgebern und Arbeitern ein natürlicher Gegensatz bestehe; er besteht heute viel mehr zwischen den Menschen, die sichtbar produktive Arbeit leisten, ob als Führer oder Geführte, als Unternehmer, Techniker oder Werkleute, und der viel kleineren wechselnden Zahl von Unbekannten, die weder diese noch jenes sind, die aber das Werk haben, für die also gearbeitet wird, obwohl sie von der Art dieser Arbeit gar nichts wissen. Diese Ablösung des Besitzes vom Werk untergräbt und vergiftet die eigentlich produktive, am Heimatboden, an Äckern, Bergwerken, Betriebsstätten haftende Arbeit der heutigen Nationen.“ (Spengler 1933: 140)

Für Spengler sind Kapitalist:innen und Arbeiter:innen auf derselben Seite, da sie gemeinsam Werte schaffen. Das freischwebende Finanzkapital leiste dagegen nichts. Hier kommen bei Spengler antisemitische Ressentiments zum Ausdruck. Zugleich verwehrt sich Spengler gegen einen platten Antisemitismus, welchen er als „klein, flach, beschränkt und unwürdig“ (Spengler 1933: 203) bezeichnet.

Nach Spengler übersehe Marx aber nicht nur die unsichtbaren Mächte in der Wirtschaft, sondern er sei auch durch den englischen Geist durchdrungen. Marx habe in der British Library studiert und baue seine Analysen in Auseinandersetzung mit der englischen Natio-

nalökonomie auf. So missverstehe Marx die Mehrwertproduktion als eine Form des Beutemachen, als Aneignung des Mehrprodukts durch den Kapitalisten. Doch dass Marx einen differenzierten Ansatz im Bezug auf Mehrwertaneignung verfolgt, wie er in der „Kritik der Gothaer Programms“ aufzeigt, übersieht Spengler. Er missdeutet die Marxsche Forderung der Expropriation der Expropriateure als Beraubung der Räuber (Spengler 1933: 95). Auch Arbeit denke Marx in englischen Kategorien, da Arbeit als Ware aufgefasst wird, nicht als Pflicht. Ihm geht es nur um Bereicherung der unteren Klassen, nicht um Ordnung.

Die Strategie der marxistischen Arbeiterbewegung, speziell der Gewerkschaften, bezeichnet Spengler daher als „Kapitalismus der Arbeiterschaft“ (Spengler 1933: 80). In seinem Buch „Jahre der Entscheidung“ entwickelt Spengler seine Kritik an den Gewerkschaften weiter. „Der ‚Kapitalismus von unten‘ will die Ware Lohnarbeit so teuer wie möglich verhandeln, ohne Rücksicht auf die Kaufkraft des Abnehmers, und so gering wie möglich liefern.“ (Spengler, 1961: 140) Die marxistischen Gewerkschaften würden nach Spenglers Urteil nicht sozialistisch denken, weil sie nicht an das Ganze des Staates denken würden, sondern nur ihre Interessengruppe bereichern wollten. Sie würden also kapitalistisch denken, ähnlich wie das Börsenkapital, das sich auch nur bereichern wolle. Das heimatlos schweifende Finanzkapital zerstöre den Organismus der Wirtschaft von oben und die Gewerkschaften von unten (Spengler 1961: 159).

Marxismus und Liberalismus sind nach Spengler daher zwei Seiten einer Medaille.

„Dieser ‚weiße‘ Bolschewismus ist Kapitalismus von unten, Lohnkapitalismus, wie das spekulierende Finanzkapital seiner Methode nach Sozialismus von oben, von der Börse her ist. Beide entstammen derselben geistigen Wurzel, dem Denken in Geld, dem Handel mit Geld auf dem Pflaster der Weltstädte – ob als Lohnhöhe oder Kursgewinn, ist eine Nebenfrage.“ (Spengler 1961: 180)

Und weiter: „Der Arbeitsmarkt ist die Börse des organisierten Proletariats. Die Gewerkschaften sind Trusts für Lohnerpressung“ (Ebd.)

Spengler kann daher nicht als verkappter Wirtschaftsliberaler oder Verteidiger des Kapitalismus gedeutet werden, weil er das sittlich entgrenzte Gewinnstreben kritisiert. Er verteidigt die nationale Gemeinschaft gegen ihre liberale Auflösung in egoistische Individuen oder ihre Spaltung durch Klassenkampf. Ein Staat ist für ihn in Ordnung, wenn er in Form ist und jede:r an ihrem:seinem Platz ihre:seine Pflicht für das Ganze leistet. Der Staat muss autoritär durch einen geborenen Politiker und Tatsachenmensch geführt werden. Dieser Cäsarismus ist der seiner Epoche entsprechende Politikstil (Spengler 1998: 1101 ff.). In „Jahre der Entscheidung“ äußert sich Spengler positiv gegenüber dem italienischen Faschismus und meint in Mussolini einen der politischen Tatsachenmenschen zu erblicken, der den Staat in Form und Ordnung bringen könne. „Mussolini ist vor allem Staatsmann, eiskalt und skeptisch, Realist, Diplomat. Er regiert wirklich allein.“ (Spengler 1961: 178) Spengler besaß Sympathien dem italienischen Faschismus gegenüber (Thöndl 2010), während er dem nationalsozialistischen Regime, besonders Hitler gegenüber, sich sehr kritisch verhielt (Felken 1988: 220 ff.).

4.3 Die Ambivalenzen des preußischen Sozialismus

Preußischer Sozialismus bedeutet für Spengler also, dass ein autoritärer Staat, geführt von einem starken Politiker, die Wirtschaft und Gesellschaft wieder in Ordnung bringt. Die Auflösung der Gesellschaft in gewinnsüchtige Anleger und die Spaltung derselben durch die

Machenschaften der genauso gierigen Gewerkschaften solle unterbunden werden. Ziel sei die „Disziplinierung der Wirtschaft durch die politische Autorität“ (Spengler 1933: VII).

Doch bei Spengler darf man ein wesentliches Element nicht vergessen: das faustische, dynamische, nach dem Unendlichen strebenden Prinzip, das den Geist des Abendlandes ausmache. Im Unterschied zur Statik der griechischen Münze besitze das moderne Geld als Kredit eine faustische Kraft (Spengler 1998: 1173). Auch die Firma, die die Antike nicht kannte und erst zu Beginn des Frühkapitalismus hervortrat, sei ein Kraftzentrum, das nach allen Seiten ins Unendliche ausstrahle (Spengler 1998: 1180). Es sei weniger die:der Arbeiter:in, die:der die Wirtschaft vorantreibe, sondern die:der Unternehmer:in, die:der Erfinder:in. „Der Erfinder der Dampfmaschine ist maßgebend, nicht der Heizer.“ (Spengler 1998: 1178) Das habe Marx verkannt. Das Eigentum und die damit verbundene produktive und dynamische Wirkung (Spengler: 1933: 90 f.) solle nicht abgeschafft, sondern zu Stärkung der Nation genutzt werden.

Preußischer Sozialismus heißt also auch, dass die produktive Kraft der schöpferischen Unternehmen geschont und genutzt werden solle.

„Der altpreußische Gedanke war, unter sorgfältiger Schonung des Eigentums- und Erbrechtes die gesamte Produktivkraft in ihrer Form der Gesetzgebung zu unterstellen, die persönliche Unternehmungslust, das Talent, die Energie wie den Geist eines geübten Schachspielers unter Regeln und mit der Freiheit, welche gerade die Beherrschung der Regeln gewährt, arbeiten zu lassen.“ (Spengler 1933: 95)

Spengler lehnt daher die Möglichkeit der Verstaatlichung ab, da auch Verstaatlichung dem englischen Prinzip des Beutemachens, das er verantwortungslosen Spekulant:innen und Gewerkschaften vorwirft, folge. Preußischer Sozialismus heißt, das englische Wesen in allen Bereichen zu überwinden. „Sozialisierung heißt nicht Verstaatlichung auf dem Enteignungs- oder Diebstahlswege. Sie ist überhaupt keine Frage des nominellen Besitzes, sondern der Verwaltungstechnik.“ (Spengler 1933: 95) Und in seinen „Jahren der Entscheidung“ betont er: „Aber der preußische Stil fordert nicht nur den Vorrang der großen Politik vor der Wirtschaft, deren Disziplinierung durch einen starken Staat, was die freie Initiative des privaten Unternehmegeristes voraussetzt [...]“ (Spengler 1961: 181)

Spenglers Konzeption eines preußischen Sozialismus folgt ungewöhnlichen Begriffsprägungen, irritierenden Deutungen politischer Ideologien und einer spannungsreichen Zusammenfügung konträrer Gedankenstränge. Spengler schafft es nicht immer, diese ambivalente Mischung radikaler Überlegungen in argumentativer Konsistenz zusammenzuhalten. Er widerspricht sich stellenweise selbst, wenn er etwa im Vorwort der 1933 herausgegebenen politischen Schriften schreibt: „Sozialismus, wie ich ihn verstehe, setzt eine Privatwirtschaft mit ihrer altgermanischen Freude an Macht und Beute voraus.“ (Spengler 1933: VII) Ist er nun für das Prinzip des Beutemachens oder dagegen? Auch seine polemische Ausführungen zu einem angeblichen Steuerbolschewismus (Spengler 1933: 263) drücken eine gewisse Staatsskepsis aus.

„In Deutschland wird der arbeitende Wirtschaftskörper durch eine Unzahl sich übersteigender, kreuzender, wechselseitig vergiftender Steuern wie mit Messerstichen zerfleischt, um ohne Rücksicht auf den Blutverlust allenthalben etwas herauszupressen, und gerade in seinen Zuckungen bildet er ein unvergleichliches Objekt für die berufsmäßige Spekulation.“ (Spengler 1933: 274 f.)

Die schöpferischen Persönlichkeiten in den Unternehmen würden durch vertrustete Konzerne und staatliche Bürokratie gefährdet (Spengler 1933: 285). Spenglers Forderung in diesem Zusammenhang, ein System aufzubauen, das „mit vollem Bewußtsein von der inneren Form

des Wirtschaftslebens ausgeht, und dieses durch wohlüberlegte Eingriffe an der richtigen Stelle nicht lähmt, sondern zu größerer Produktivität anreizt“ (Spengler 1933: 276), klingt eher nach Ordoliberalismus und liberalem Interventionismus á la Rüstow (Rüstow 1963). Wie oben angemerkt, scheint es hier Parallelen zwischen Höcke, Rüstow und Spengler zu geben.

Widersprüchlich bei Spengler ist auch, dass er in seinem Vorwort zu den politischen Schriften einerseits diejenigen als Idioten beschimpft, die einen nationalen Kommunismus predigen (Spengler 1933: VII), andererseits Gregor Strasser, der den sogenannten linken Flügel der NSDAP anführte, als Politiker sehr schätzte (Felken 1988: 188).

4.4 Starker Staat, Eigentum und Leistungsgemeinschaft

Werkgeschichtlich betrachtet hat sich Spenglers Denken von 1919 bis 1933 weiterentwickelt. 1919 war das Schlagwort vom Sozialismus in Anbetracht der staatlichen Wirtschaftslenkung im Ersten Weltkrieg und der Revolution von 1918 weit verbreitet, weshalb Spengler mit seiner Schrift darauf reagierte. Ende der Weimarer Republik hat sich in konservativen und unternehmerischen Kreisen eine Abneigung gegen den bürgerlichen Sozialstaat der Weimarer Republik weiter radikalisiert (Sontheimer 1983).

Dieser geistesgeschichtliche Kontext kann eine Erklärung für die unterschiedliche Schwerpunktsetzung in Spenglers politischen Schriften bieten. Mindestens drei Aspekte sind bei Spengler jedoch konstant geblieben: Er befürwortete erstens einen starken Staat nach dem Vorbild Preußens, der die Gesellschaft in Form bringt und streng organisiert. Zweitens stellt die Bewunderung von starken Männern an der Spitze der Politik (Cäsarismus, Tatsachemenschen) eine Konstante bei Spengler dar.

Und drittens verteidigt Spengler von Beginn an das Privateigentum. Zum einen ist das unternehmerische Eigentum als dynamischer Faktor in der Wirtschaft Ausdruck des faustischen Abendlandes. Zum anderen wendet er sich gegen das Prinzip des Beutemachens des englischen Geistes, das seiner Ansicht nach verantwortungslose Gewinnstreben. Das Streben nach Beute bestimmte aber auch die marxistische Forderung nach Enteignung der Enteigner. Verstaatlichung sollte daher nicht als Raub, sondern als Regulation der Wirtschaft durch Gesetzgebung verstanden werden: „Eigentum nicht als private Beute, sondern als Auftrag der Allgemeinheit“ (Spengler 1933: 92 ff.). Preußischer Sozialismus heißt für Spengler zudem: Eigentum verpflichtet (Spengler 1933: 284). In Spenglerscher Tradition stehend betonen heute dann wiederum Maximilian Krah (Krah 2023: 132) und Benedikt Kaiser (Kaiser 2020: 21 f.) die Sozialpflichtigkeit des Eigentums. Und Höcke sagt: „In Eigentumsverhältnisse einzugreifen, kann nur ein letzter Schritt in Ausnahmefällen sein.“ (Höcke 2019b: 27)

Für Spengler soll das Eigentum dem Wohl des Ganzen, der Gemeinschaft verpflichtet sein. Das Eigentum und dessen Verwender:innen sollen Leistung für die Allgemeinheit erbringen. Zwei Gruppen gefährden nach Spengler diese Ordnung: das unsichtbare und bewegliche Aktienvermögen, das ständig und global nach den besten Anlagemöglichkeiten auf der Suche sei, und die Gewerkschaften, die im Lohnkampf sich selbst und ihre Klientel bereichern wollten und dadurch die Gesellschaft spalten würden. Beide Gruppen wollten sich nur bereichern und leisteten nichts für die Gemeinschaft. Die Mittelschicht sei regional verwurzelt, fleißig und tue seine Pflicht. Preußische Tugenden werden sowohl bei Spengler als auch bei Benedikt Kaiser hochgehalten. Auch Maximilian Krah bemängelt es, wenn Großkonzerne Investitionsentscheidungen ohne Berücksichtigung des deutschen Gemeinwohls

treffen (Krah 2023: 145). Und Kaiser verurteilt leistungsloses Spitzeneinkommen (Kaiser 2020: 158). Sein Ideal besteht in einer „gehegten sozialen Marktwirtschaft im Zeichen einer solidarischen und patriotisch rückgebundenen Leistungsgemeinschaft“ (Kaiser 2020: 10).

5 Oswald Spenglers autoritäres Wirtschaftsdenken und die Neue Rechte

Es irritiert, dass in einer rechtspopulistischen Partei wie der AfD so konträre Strömungen wie der rechte Liberalismus und der solidarische Patriotismus zusammenkommen. Einig sind sich beide Richtungen in der Begrenzung der Migration, in einer restriktiveren Innenpolitik, der Betonung von national-konservativen Werten und einer Wende in der Erinnerungspolitik. Spannend bleibt die Frage nach dem Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft.

Wie gezeigt besteht diese Ambiguität nicht nur zwischen den Strömungen, sondern bei rechten Autoren selbst. Maximilian Krah hält ein konservatives Menschenbild dem rationalistischen Individualismus gegenüber. Das solidarische Gemeinwesen solle weder durch die ökonomische Macht globaler Eliten von oben noch durch die Lohnpolitik der Gewerkschaften gefährdet werden. Krah spricht sich für die sesshafte und arbeitende Mittelschicht und kleine Familienunternehmen aus. Diese sollten durch massive Steuersenkung, Deregulierung und Abbau des Sozialstaates entlastet werden.

Ohne sich auf Spengler zu beziehen, gibt es bemerkenswerte Parallelen zwischen diesem und Krah. Spengler lehnt das egoistische Gewinnstreben und die Vernachlässigung der Gemeinschaft ebenfalls ab. Und auch das gleiche Ressentiment gegen eine entwurzelte globale Klasse stellt einen Kernpunkt im Denken von Krah und Spengler dar. Spengler verknüpft diesen Ansatz aber mit einer grundlegenden Kritik am Marxismus, welcher diese unsichtbaren Mächte nicht als das eigentliche Problem erkannt habe und stattdessen die Volksgemeinschaft durch Klassenkampf spalte. Diese Ansicht, dass das Volk von oben durch die internationalen Spekulanten und von unten von den Machenschaften der Gewerkschaften bedroht werde, haben Krah und Spengler ebenso gemeinsam.

Beide stellen sich auf die Seite der von ihnen auf diese Weise konstruierten Mittelschicht, die heimatverbunden, arbeitsam und leistungswillig sei. Wie gezeigt sind Eigentum und Leistung zentrale Konzepte, die das Narrativ von der Mittelschicht prägen. Spekulierendes Eigentum schade der Gesellschaft, während produktives Eigentum seine Leistung für das Ganze erbringe. Bei Spengler wird diese Leistungsbereitschaft mit den preußischen Tugenden gleichgesetzt. Bei Krah ist wohl bei seiner Idealisierung des kleinen und mittelständischen Familienunternehmens auch der Einfluss durch den Ordoliberalismus zu vermuten.

Letztlich kommen beide von ihrer Zentrierung auf den Mittelstand zu einer Kritik am Steuerbolschewismus (Spengler) und zur Forderung nach massiver Deregulierung und Steuersenkung (Krah). Hier zeigt sich wohl der Punkt, an dem Spenglers spezifische Konzeption einer Kapitalismuskritik bzw. Kritik am Finanzkapital zu einer wirtschaftsliberal wirkenden Staatskritik umschlägt. Diese spezifische Dialektik folgt grundsätzlich aus Spenglers Denken und wiederholt sich in der Traditionslinie rechten Denkens häufig. Auch bei Höcke scheint sich dieser Umschlag zu ergeben. Daher ist der Konflikt zwischen wirtschaftsliberalen und kapitalismuskritischen Positionen innerhalb der AfD und der Neuen

Rechte und die dementsprechende Widersprüchlichkeit und Ambivalenz im Denken rechter Intellektueller nicht zufällig.

Zugleich ist in rechten Diskursen ein staatsaffimierender national-sozialer Ansatz verbreitet, der ebenfalls Parallelen zu Spengler aufweist. Im Gegensatz zu Maximilian Krah bezieht sich Benedikt Kaiser mehrmals ausdrücklich auf Spengler, doch ignoriert er die Kritik Spenglers an Steuern, Sozialstaat und Gewerkschaften. Stattdessen reiht er Spenglers preußischen Sozialismus in die Traditionslinie der national-sozialen Traditionslinie von Karl Rodbertus, Adolph Wagner, Werner Sombart und der Gebrüder Strasser ein. Kaisers Deutung besitzt aber zugleich auch eine Plausibilität für sich, da Otto Strasser und Ernst Jünger ausdrücklich den Einfluss Spenglers auf ihr Denken betonten und auch Spengler andererseits eher Sympathien zum Strasser-Flügel der NSDAP hegte, während er Hitler verachtete. Die Ambivalenz, die das wirtschaftspolitische Denken Spenglers im Ganzen prägt, bestimmt also auch die Spengler-Rezeption in der Neuen Rechten.

6 Fazit

Mithilfe der Rekonstruktion zentraler Argumentationslinien von Spenglers ökonomischem Denken und der Herausarbeitung inhaltlicher Parallelen zwischen zentralen Positionen Spenglers und Vertretern der Neuen Rechten wie Krah, Kaiser und Kubitschek konnte ein Beitrag zur historisch-systematischen Einordnung wirtschaftspolitischer Positionen in neu-rechten Diskursen geleistet werden.

Spenglers Idee eines preußischen Sozialismus wendet sich hauptsächlich gegen den globalen Finanzkapitalismus und den englischen Geist des Beutemachens, welchen er auch in der Lohnpolitik der Gewerkschaften zu erkennen meint. Seine Idee des preußischen Sozialismus ist widerspruchsvoll, weil das Privateigentum beibehalten, aber grenzenloses Profitstreben unterbunden werden soll. Der Staat soll autoritär auftreten und eine stabile Ordnung gewährleisten, zugleich jedoch in Bürokratie, Steuerpolitik und Sozialausgaben begrenzt werden. Diese widersprüchlichen Positionen lassen sich in überraschender Übereinstimmung bei Krah, aber auch bei Höcke und Kaiser finden, die zwischen Antikapitalismus und Ordoliberalismus oszillieren. Im Beitrag wurde gezeigt, dass die ambivalenten Positionen entstehen, weil die spezifische Kapitalismuskritik, die rechte Diskurse damals wie heute auszeichnet, an dem Punkt, an dem diese sich auf ein (antisemitisch aufgeladenes) Ressentiment gegenüber einer globalen Finanzelite verkürzt, in eine Affirmation und Mythologisierung eines verwurzelten und leistungswilligen Mittelstandes umkippt. Durch einen systematischen Vergleich von Spengler Positionen mit aktuellen Positionen der Neuen Rechten konnte rechtes Wirtschaftsdenken als Phänomen präziser charakterisiert werden.

Mithilfe eines solchen Blicks in die Geschichte rechten Denkens und vor allem durch die Rekonstruktion wirtschaftlicher und gesellschaftstheoretischer Überlegungen Oswald Spenglers, der für die Neue Rechte ein zentraler Referenzautor ist, können Debatten und Konflikte im Diskurs der Neuen Rechten und der AfD, die zwischen Staatsabsolutierung und radikaler Staatskritik schwanken, besser verstanden werden. Eine solche ideengeschichtliche Perspektive kann Forschungen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik der AfD und der Neuen Rechten (Sorce et al. 2022) konzeptionell vertiefen und historisch-kritisch erweitern.

Künftige Forschung könnte auf weitere Autoren der Konservativen Revolution, wie Arthur Moeller van den Bruck, Werner Sombart oder Ernst Jünger, ausgeweitet werden. Im Rechts-Libertarismus finden sich, wie bei Alice Weidel kurz dargelegt, ähnlich gelagerte Widersprüche. In Hinblick auf die Bedeutung und den Einfluss von Akteuren wie Javier Milei und Elon Musk auf rechte Diskurse soll der hier verfolgte Ansatz in Zukunft die Traditionslinie radikaler Staatskritik im rechten Denken weiterverfolgen.

Literaturverzeichnis

- AfD (2025). Zeit für Deutschland. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 21. Deutschen Bundestag.
- Becker, Andrea; Eberhardt, Simon & Kellershohn, Helmut (Hrsg.) (2019). Zwischen Neoliberalismus und völkischem ‚Antikapitalismus‘. Münster: Unrast Verlag.
- Breuer, Stefan (1995). Anatomie der Konservativen Revolution. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Dietl, Stefan (2017). Die AfD und die soziale Frage. Zwischen Marktradikalismus und „völkischem Antikapitalismus“. Münster: Unrast Verlag.
- Felken, Detlef (1988). Oswald Spengler. Konservativer Denker zwischen Kaiserreich und Diktatur. München: Beck.
- Hauff, Martin (2024). Sozialstaat von rechts. Identitäre Solidarität und exkludierende Sozialstaatlichkeit. DISS Journal, 47, S. 24–29.
- Höcke, Björn (2019a). Nie zweimal in denselben Fluss. Björn Höcke im Gespräch mit Sebastian Hennig. Lüdighausen und Berlin: Manuskriptum.
- Höcke, Björn (2019b). Vom Schielen auf die öminöse Mitte. Björn Höcke im Gespräch mit Jürgen Elsässer. Compact-Magazin, 6, S. 27–29.
- Kaiser, Benedikt (2020). Solidarischer Patriotismus. Die soziale Frage von rechts. Schnellroda: Verlag Antaios.
- Kellershohn, Helmut (2022). Wiedergelesen: Ein Gründungstext des Ordoliberalismus. Alexander Rüstow über den „Neuen Liberalismus“ 1932. DISS Journal, 43, S. 24–26.
- Kellershohn, Helmut; Becker Andrea; Schlöter Laura & Dietzsch Martin (Hrsg.). (2023). Metapolitik der Weltanschauung. Konzepte und Debatten der Neuen Rechten zu Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik. DISS-Journal, Sonderheft 6.
- Kemper, Andreas (2016). „... die neurotische Phase überwinden, in der wir uns seit siebzig Jahren befinden“. Zur Differenz von Konservativismus und Faschismus am Beispiel der „historischen Mission“ Björn Höckes (AfD). Jena: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Krah, Maximilian (2023). Politik von rechts. Ein Manifest. Schnellroda: Verlag Antaios.
- Kubitschek, Götz (2017). Selbstverständlichkeiten als Minimalprogramm. Sezession, 77, S. 18–21.
- Landa, Ishay (2021). Der Lehrling und sein Meister. Liberale Tradition und Faschismus. Berlin: Dietz.
- Lausberg, Michael (2019). Oswald Spenglers „Preußentum und Sozialismus“. In Andrea Becker; Simon Eberhardt & Helmut Kellershohn (Hrsg.), Zwischen Neoliberalismus und völkischem ‚Antikapitalismus‘ (S. 22–35). Münster: Unrast Verlag.
- Pfähl-Traugher, Armin (2025). Konservative Revolution und „nationaler Sozialismus“. Ethnische Gemeinschaft ohne soziale Gleichheit als politische Orientierung. In Daniel Meis (Hrsg.), Nationaler Sozialismus in der Weimarer Republik. Parteien, Ideen, Protagonisten (S. 91–113). Bielefeld: Transcript Verlag.

- Pühringer, Stephan; Beyer, Karl M.; Kronberger, Dominik (Hrsg.). (2021). Soziale Rhetorik, neoliberale Praxis. Eine Analyse der Wirtschafts- und Sozialpolitik der AfD. (OBS Arbeitspapier 52) Frankfurt a. M.: Otto-Brenner-Stiftung.
- Rüstow, Alexander (1963). Die Staatspolitischen Voraussetzungen des wirtschaftspolitischen Liberalismus. In Ders. Rede und Antwort (S. 249–258). Ludwigsburg: Hoch.
- Slobodian, Quinn (2025). Hayek's Bastards. Race, Gold, IQ and the Capitalism of the Far Right. Princeton: Princeton University Press.
- Spengler, Oswald (1933). Politische Schriften. München: Beck.
- Spengler, Oswald (1961). Jahre der Entscheidung. München: Beck.
- Spengler, Oswald (1998). Der Untergang des Abendlandes. Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte. München: Beck.
- Sontheimer, Kurt (1983). Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. München: Deutsche Taschenbuch Verlag.
- Sorce, Giuliana; Rhein, Philipp; Lehnert, Daniel & Kaphegyi, Tobias (Hrsg.). (2022). Exkludierende Solidarität der Rechten. Wiesbaden: Springer VS.
- Strasser, Otto (1936). Aufbau des Deutschen Sozialismus. Prag: Grunov.
- Thöndl, Michael (2010). Oswald Spengler in Italien. Kulturexport politischer Ideen der „konservativen Revolution“. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag.
- Veiglhuber, Wolfgang/Weber, Klaus (2022). Höcke I – Deutsche Arbeit & preußischer Staat, Hamburg: Argument Verlag.
- Weidel, Alice (2019). Widerworte. Gedanken über Deutschland. Kulmbach: Börsenmedien AG.
- Werth, Christoph H. (1996). Sozialismus und Nation. Die deutsche Ideologiediskussion zwischen 1918 und 1945. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Wohlfahrt, Norbert (2022). Revolution von rechts? Der Antikapitalismus der Neuen Rechten und seine radikalpolitische Moral – eine Streitschrift. Hamburg: VSA.